

# Holzarbeiter-Zeitung

## Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis Mt. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postämter. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Edward Steinbrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Röllnischen Park 2.

Interate für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 1 Mt.  
Vergütungsangelegenheiten und Arbeitervermittlungen 50 Pf.  
Verkaufungsanzeigen 30 Pf.

### Neuregelung des Arbeitsverhältnisses.

Auf der Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände am 14. November, über die wir an anderer Stelle ausführlich berichteten, wurde ein Vertrag vorgelegt, der zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften abgeschlossen wurde. Diese Vereinbarung, die das seit hergebrachte Verhältnis zwischen den großen Unternehmerorganisationen und den Gewerkschaften von Grund aus ändert, ist nicht eigentlich ein Kind der Revolution; nach unserer Kenntnis der Dinge sind die Verhandlungen schon vor einer Reihe von Wochen in Angriff genommen worden, und sie waren bei Beginn der Sturmtage im wesentlichen beendet.

Die Vereinbarungen, die einer längeren Erläuterung nicht bedürfen, haben folgenden Wortlaut:

1. Die Gewerkschaften werden als berufene Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt.
2. Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und der Arbeiterinnen ist unzulässig.
3. Die Arbeitgeber und die Arbeitgeberverbände werden die Werkvereine (die sog. Wirtschaftsfriedlichen Vereine) fortan vollkommen sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen.
4. Sämtliche aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Arbeitnehmer haben Anspruch darauf, in die Arbeitsstelle sofort nach Meldung wieder einzutreten, die sie vor dem Kriege inne hatten. Die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände werden dahin wirken, daß durch Beschaffung von Rohstoffen und Arbeitsaufträgen diese Verpflichtung in vollem Umfang durchgeführt werden kann.
5. Gemeinsame Regelung und paritätische Verwaltung des Arbeitsnachweises.
6. Die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen. Die Verhandlungen hierüber sind ohne Verzug aufzunehmen und schleunigst zum Abschluß zu bringen.
7. Für jeden Betrieb mit einer Arbeiterschaft von mindestens 50 Beschäftigten ist ein Arbeiterausschuß einzusetzen, der diese zu vertreten und in Gemeinschaft mit dem Betriebsunternehmer darüber zu wachen hat, daß die Verhältnisse des Betriebes nach Maßgabe der Kollektivvereinbarung geregelt werden.
8. In den Kollektivvereinbarungen sind Schlichtungsausschüsse resp. Einigungsämter vorzusehen, bestehend aus der gleichen Anzahl von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern.
9. Das Höchstmäß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit wird für alle Betriebe auf acht Stunden festgesetzt. Verdienstminderungen aus Anlaß dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen nicht stattfinden.
10. Zur Durchführung dieser Vereinbarungen sowie zur Regelung der zur Demobilisierung, zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und zur Sicherung der Existenzmöglichkeit der Arbeiterschaft, insbesondere der Schwerkriegsbeschäftigten zu treffenden weiteren Maßnahmen wird von den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen ein Zentralausschuß auf paritätischer Grundlage mit dem Zweck geheimer Unterbau errichtet.
11. Dem Zentralausschuß obliegt ferner die Entscheidung grundsätzlicher Fragen, soweit sich solche namentlich bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ergeben, sowie die Schlichtung von Streitigkeiten, die mehrere Berufsgruppen zugleich betreffen. Seine Entscheidungen haben für Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbindliche Geltung, wenn sie nicht innerhalb einer Woche von einem der in Frage kommenden beiderseitigen Berufsverbände angefochten werden.
12. Diese Vereinbarungen treten am Tage der Unterzeichnung in Kraft und gelten vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, bis auf weiteres mit einer gegenseitigen dreimonatigen Kündigung.

Diese Vereinbarung soll sinngemäß auch für das Verhältnis zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Arbeitgeberverbänden gelten.

Die Vereinbarung ist von beiden Seiten unterzeichnet und in Kraft getreten. Sie gilt auch für alle Betriebe der Holzindustrie. In keinem Betrieb darf täglich länger als acht Stunden gearbeitet werden. Der Tagesverdienst darf jedoch deshalb eine Verkürzung nicht erfahren. Ferner müssen die Stundenlöhne erhöht werden. In der in unserm Gewerbe üblichen Weise ist ein Lohnausgleich zu erwirken, worüber die örtlichen Paritätien sich zweckmäßig unmittelbar verständigen werden.

Die Vereinbarung berührt aber auch unsere Verträge und die in ihnen festgelegten Mindestlöhne. Hierüber sind zentrale Verhandlungen angebracht, die unser Verbandsvorstand bereits in Angriff genommen hat.

### Die Gewerkschaften in der sozialen Republik.

Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung hat sich die Verwirklichung des sozialistischen Programms zum Ziel gesetzt. Ein Kernpunkt dieses Programms ist die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln, nämlich Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel, in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in die sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion. Ist diese sozialistische Forderung vollständig verwirklicht, dann ist für Gewerkschaften mit den Zwecken, Zielen und Betätigungsformen, wie sie heute existieren, vielleicht kein Bedürfnis mehr vorhanden; daß die Gewerkschaften überhaupt überflüssig werden, darf aber als ausgeschlossen gelten. Auch im sozialistischen Gemeinwesen werden die wirtschaftlichen Organisationen, welche die Arbeiter des gleichen Berufs umfassen, noch wichtige Aufgaben zu erfüllen haben.

Welcher Art diese Aufgaben sein werden, braucht man jetzt noch nicht zu erörtern, denn noch sind wir nicht so weit. Wohl hat eine sozialistische Regierung das Steueruder des Reichs ergreifen, aber noch haben wir kein sozialistisches Gemeinwesen; wir stehen noch mitten im kapitalistischen Staat, dessen Sozialisierung nur allmählich erfolgen kann. Die Ueberführung der privatkapitalistischen Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum ist ein Prozeß, der sich nur schrittweise vollziehen kann. Jede Ueberstürzung wirkt schädlich.

Es gibt Betriebe und ganze Gewerbe, die für die Ueberführung in den Besitz der Gesellschaft reif sind; Post und Eisenbahn sind Beispiele für Betriebe, die schon seit her vom Staat in Eigenbetrieb übernommen waren. Aber nicht nur im Verkehrswesen, sondern auch in der Gütererzeugung gibt es ganze Industrien, die für die Vergesellschaftlichung reif sind. Wo, wie im Bergbau, in der Schwerindustrie und in manchen anderen Industriezweigen die Einzelunternehmer so gut wie völlig ausgeschaltet sind, die Inhaber der Werke, nämlich die Besitzer der Aktien, zu der Produktion gar kein Verhältnis haben und lediglich Dividenden einstreichen, da sind auch die Voraussetzungen dafür gegeben, den Betrieb in den Besitz der Gesellschaft zu überführen. Schon seit längerer Zeit wird die Monopolisierung gewisser Industrien, das heißt ihre Ueberführung in den Besitz des Reiches sehr ernsthaft erwogen, es darf als selbstverständlich gelten, daß diese Pläne jetzt sehr bald feste Gestalt annehmen werden.

Bei den Plänen für die Monopolisierung von gewissen Industriezweigen sind für die Gewerkschaften bestimmte Funktionen vorgesehen, aber auch für ihre allgemeine Betätigung finden sie in den vergesellschaftlichten Betrieben noch ein weites Feld. In den seitherigen Staatsbetrieben war die gewerkschaftliche Organisation verpönt, daß sie überflüssig gewesen wäre, wird niemand behaupten wollen. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man auspricht, daß auch bei einer weitgehenden Vergesellschaftlichung der Betriebe die Gewerkschaften unentbehrlich sind.

Wir sind aber von der allgemeinen Vergesellschaftlichung der Produktion noch sehr weit entfernt; auch unter der Herrschaft der sozialistischen Regierung wird man noch für absehbare Zeit mit der privatkapitalistischen Warenproduktion rechnen müssen. Daran ergibt sich, daß in den Aufgaben, in den Zwecken und Zielen der Gewerkschaften keinerlei Änderung eintreten kann. Nach wie vor müssen wir bemüht sein, die Gesamtheit der Berufsgenossen der Organisation zuzuführen. Unsere Werbetätigkeit muß gerade jetzt mit besonderem Eifer betrieben werden, nicht nur weil sie in diesen aufgeregten Zeiten großen Erfolg verspricht, sondern auch weil die mit der Demobilisierung im Zusammenhang stehenden Fragen den Gewerkschaften Aufgaben stellen, die am leichtesten gelöst werden können, wenn jeder Arbeiter seiner Gewerkschaft angehört.

Ueber die dringendsten Aufgaben, die in unserm Verband augenblicklich zu lösen sind, hat sich der Verbandsvorstand in einem Rundschreiben an die Ortsverwaltungen ausgesprochen. Er bezeichnet es darin als selbstverständlich, daß die großen politischen Umwälzungen an dem Bestand unseres Verbandes nichts ändern, sondern daß die Tätigkeit des Verbandes in vollem Umfang fortzusetzen ist. Insbesondere ist eine geordnete Einlassierung der Verbandsbeiträge zu sichern.

Es ist naheliegend, daß an Stelle des lange Zeit herrschenden Arbeitermangels nun bald ein Ueberangebot von Arbeitskräften treten wird. Im Hinblick darauf werden die Ortsverwaltungen ermahnt, auf die Arbeitgeber mit Nachdruck einzuwirken, daß keine Arbeiterentlassungen stattfinden, und daß wenigstens vorläufig die Löhne weitergezahlt werden, auch wenn es vorübergehend an voller Beschäftigung fehlen sollte. In gleichem Maße ist jedem etwaigen Versuch, die Löhne zu kürzen, durch energische

Verhandlungen entgegenzutreten. Streiks sollen nach Möglichkeit vermieden werden. Hierbei wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Arbeitgeber in der jetzigen Lage den Wünschen und Forderungen der Arbeiterschaft weitmöglichst entgegenkommen, so daß die auftretenden Streitpunkte durch Verhandlungen ohne Arbeitseinstellung erledigt werden können.

Daß für die an den politischen Streiks der kritischen Revolutionstage beteiligten Kollegen eine Unterstützung aus Verbandsmitteln nicht in Frage kommen kann, dürfte wohl ohne weiteres als selbstverständlich erachtet werden. Es ist auch kaum zu erwarten, daß Unterstützungsansprüche erhoben werden, da diese Streiks nur von ganz kurzer Dauer waren. (Für Groß-Berlin hat inzwischen das neuerrichtete „Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung“ bekanntgegeben, daß allen Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten, die am 9. und 11. November die Arbeit eingestellt haben, der Lohn für diese Tage zu zahlen ist. Voraussichtlich wird auch an den anderen Orten entsprechend verfahren.) Im übrigen werden arbeitslose Mitglieder nach den geltenden statutarischen Bestimmungen unterstützt. Für die aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Mitglieder gelten noch die Unterstützungssätze des alten Statuts, bis diese Mitglieder mindestens 13 neue Beiträge entrichtet haben.

Zum Schluß fordert der Verbandsvorstand alle Ortsverwaltungen auf, gemeinsam mit den übrigen Gewerkschaften dafür einzutreten, daß bei der Neubildung des politischen und wirtschaftlichen Lebens auch Vertreter der Gewerkschaften sich zur praktischen Mitarbeit zur Verfügung stellen. Die Kenntnisse und Erfahrungen unserer gewerkschaftlichen Funktionäre werden den Arbeiter- und Soldatenräten gewiß überall willkommen sein.

Dieses Rundschreiben unseres Verbandsvorstandes umfaßt in knappen Worten ein vollständiges gewerkschaftliches Aktionsprogramm. Es ist für unsern Holzarbeiter-Verband bestimmt, kann aber ohne weiteres von allen Gewerkschaften übernommen werden. Das Dringendste, das Notwendigste, was jetzt von den Gewerkschaften zu tun ist, ist darin angedeutet, und es geht daraus deutlich hervor, daß es den Gewerkschaften auch weiterhin nicht an Arbeit fehlen wird. In diesen aufgeregten Zeiten darf in keinem Augenblick Verwirrung eintreten. Klar sind uns die Aufgaben vorgezeichnet: Die Arbeiter halten ihre Gewerkschaften hoch; wir bauen sie aus und wir werben für sie, denn nach wie vor sind die Gewerkschaften die Instrumente, deren sich die Arbeiter bedienen müssen, um ihre wirtschaftlichen Interessen wahrzunehmen.

### Das Ende des Weltkrieges.

Am Montag, dem 11. November, mittags 12 Uhr, ist der Waffenstillstand in Kraft getreten, nachdem die von der Entente gestellten Bedingungen sechs Stunden zuvor unterzeichnet waren. Der Waffenstillstand ist noch nicht gleichbedeutend mit Frieden, aber es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß der schrecklichste aller Kriege, der Europa verheert, die ganze Welt in Mitleidenschaft gezogen hat, nachdem er 51 Monate gewütet, nunmehr zu Ende gegangen ist.

Es war ein Ende mit Schrecken. Throne, die für die Ewigkeit gegründet schienen, sind gestürzt; Kronen rollen in Massen auf den Boden. Die Völker haben die Leitung ihrer Geschicke selbst in die Hand genommen. Der Jubel über die errungene politische Freiheit, von dem das deutsche Volk erfüllt ist, wird aber stark gedämpft durch die erste Sorge um die nächste Zukunft. Die Zeit der Not und Entbehrung ist noch nicht beendet, ja die Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen, daß uns noch eine viel schlimmere Hungerperiode droht, als die, die hinter uns liegt, und die schwer genug auf uns gelastet hat.

Nach den Waffenstillstandsbedingungen, welche die siegreiche Entente unseren früheren Verbündeten bei ihrem Abfall diktiert hat, mußte man sich in Deutschland auf Schweres gefaßt machen. Die schlimmsten Befürchtungen wurden aber übertroffen durch die Bedingungen, welche den deutschen Abgesandten im feindlichen Hauptquartier ausgehändigt wurden. Eine amtliche Veröffentlichung enthält folgenden Auszug aus den Waffenstillstandsbedingungen:

1. Inkrafttreten sechs Stunden nach Unterzeichnung.
2. Sofortige Räumung von Belgien, Frankreich und Elsaß-Lothringen binnen 14 Tagen. Was an Truppen nach dieser Zeit übrigbleibt, wird interniert oder kriegsgefangen.
3. Abzugeben 5000 Kanonen, zunächst schwere, 50 000 Maschinengewehre, 3000 Minenwerfer, 2000 Flugzeuge.
4. Räumung des linken Rheinuferes. Mainz, Koblenz und Aßeln werden vom Feind besetzt auf Radius von 30 Kilometer Tiefe.
5. Auf rechtem Rheinufer 30 bis 40 Kilometer tiefe neutrale Zone, Räumung in 11 Tagen.
6. Auf dem linken Rheinufergebiet ist nichts hinwegzuführen, alle Fabriken, Eisenbahnen usw. intakt zu belassen.
7. Es sind 5000 Lokomotiven, 150 000 Waggons, 10 000 Kraftwagen abzugeben.
8. Unterhalt der feindlichen Besatzungstruppen durch Deutschland.

- 9. Im Osten sind alle Truppen hinter die Grenzen vom 1. August 1914 zurückzunehmen; Termin dafür nicht angegeben.
- 10. Verzicht auf die Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest.
- 11. Bedingungslos Kapitulaton von Ostafrika.
- 12. Abgabe des Landes der Belgischen Bank, des russischen und rumänischen Goldes.
- 13. Abgabe der Kriegsgefangenen ohne Gegenleistung.
- 14. Abgabe von 100 Unterseebooten, 8 leichten Kreuzern, 6 Dreadnoughts. Die übrigen Schiffe werden entwässert und überwacht von Alliierten in neutralen oder alliierten Häfen.
- 15. Sicherheit der freien Durchfahrt durchs Kattegat, Begründung der Minenfelder, Befestigung aller Forts und Batterien, von denen aus die Durchfahrt gehindert werden könnte.
- 16. Blockade bleibt bestehen. Deutsche Schiffe dürfen weiter gelapert werden.
- 17. Alle von Deutschland für Neutrale verhängten Beschränkungen der Schifffahrt werden aufgehoben.
- 18. Der Waffenstillstand dauert 30 Tage.

Das ist ein inhaltreiches Dokument. Die Bedingungen sind äußerst demütigend für ein Volk, welches länger als vier Jahre dem Ansturm einer Welt von Feinden standgehalten hat. Etwas mehr Edelmut gegenüber dem besiegten Löwen hätte auch dem Sieger wohl angetan. Aber das sind Gefühlswerte, die in dieser Situation keinen Kurs haben. Der materielle Inhalt der Bedingungen ist ausschlaggebend. Er wird treffend charakterisiert durch die Note, welche die deutsche Regierung dem amerikanischen Staatssekretär Lansing zukommen ließ; dort heißt es u. a.:

Die deutsche Regierung hat die Bedingungen für den Waffenstillstand erhalten. Nach einer Blockade von 50 Monaten würden diese Bedingungen, insbesondere die Abgabe der Verkehrsmittel und die Unterhaltung der Besatzungstruppen bei gleichzeitiger Fortsetzung der Blockade, die Ernährungslage Deutschlands zu einer verzweifeltsten gestalten und den Hungertod von Millionen Männern, Frauen und Kindern bedeuten. Wir mußten die Bedingungen annehmen. Wir machen aber den Präsidenten feierlichst und ernst darauf aufmerksam, daß die Durchführung der Bedingungen im deutschen Volk das Gegenteil der Gesinnung erzeugen muß, die eine Voraussetzung für den Neuaufbau der Völkergemeinschaft bildet und einen dauerhaften Friedens verbürgt. Das deutsche Volk wendet sich daher in letzter Stunde nochmals an den Präsidenten mit der Bitte, auf eine Milderung der vernichtenden Bedingungen bei den alliierten Mächten hinzuwirken.

Die Vorstände der beiden sozialdemokratischen Parteien haben einen an die Arbeiter in den feindlichen Ländern gerichteten gemeinsamen Appell zur Weitergabe an Präsidentschaft, der seine Vermittlung angeht. Auch sonst sind Schritte unternommen worden, um eine Abmilderung der Bedingungen zu erlangen, deren Annahme nach Lage der Dinge keinen Augenblick in Zweifel gezogen werden konnte. Ob die eingeleiteten Schritte den gewünschten Erfolg zeitigen werden, muß abgewartet werden. Der Nachtrag zu den Waffenstillstandsbedingungen, der zunächst bekannt wurde, ist wohl nicht als Antwort auf die eingeleiteten Schritte zu betrachten, denn er enthält neben einigen Abmilderungen auch empfindliche Verschärfungen der zunächst mitgeteilten Punkte.

Söher zu bewerten ist die Antwort, die der amerikanische Staatssekretär Lansing durch Vermittlung der schweizerischen Gesandtschaft der deutschen Regierung zukommen ließ. Hierin hat der Präsident Wilson erklärt, daß alles, was unter den gegebenen Umständen möglich ist, geschehen soll, um die Mittelmächte mit Lebensmitteln zu versorgen. Die Belieferung Deutschlands soll in wohlwollende Erwägung gezogen werden, vorausgesetzt, daß die öffentliche Ordnung nicht gestört wird und eine unparteiische Verteilung der Lebensmittel verbürgt ist. Diese Versprechungen bieten zwar noch keine Sicherheit, sie eröffnen aber immerhin die Aussicht, daß den schlimmsten Gefahren begegnet wird.

Der Weltkrieg ist zu Ende, oder noch können sich die Völker des niedergelegten Friedens nicht freuen. Waffenstillstand und der Sieg der Revolution sind zeitlich zusammengefallen, zwei Ereignisse, von denen jedes allein geeignet gewesen wäre, überall jubelnde Begeisterung auszulösen. Noch ist von solcher Freude wenig zu merken. Es ist aber auch noch nicht Zeit, sich Freudenausbrüchen hinzugeben. Zunächst gilt es zu arbeiten: vor den Verantwortungsmännern des Volkes, die an die letzten Stellen berufen wurden, steht ein ungeheurer Berg von Arbeit auf den verdrückten Gesichtern muß Ordnung geschafft werden. Die Ordnung im Innern erfordert viel guten Willen und Geduld, die sich miteinander paaren müssen. In dieser Hinsicht kommt die gewaltige Arbeit, die mit der Revolution der überlebenden Demokratie im Zusammenhang steht.

In allen diesen Arbeiten, die eine besondere Ermahnung bedürftig machen, ist überaus viel vom drohenden Scheitern des Dingers zu merken. Sollte das ganze Volk nicht schon längst Anteil nehmen. Die Arbeiter und Soldaten haben die Revolution gemacht. Die Kräfte und Fähigkeiten, die im Volk schlummern, drängen nun nach oben: wir dürfen dem oft bewährten Organisationsstalent der Arbeiterklasse das Vertrauen entgegenbringen, daß es alle Schwierigkeiten meistert. Aber die Welt ist nicht nur ein Kampfplatz unter der Herrschaft der alten Mächte. Die Revolution in Europa hat den Weltfrieden in Frage gestellt. Dem müssen alle Gegenstände zur Verfügung stehen, es ist immer Zeit, sich darüber zu unterhalten und auseinanderzusetzen. Solange wir jetzt keinen Frieden und keinen anderen Frieden bekommen. Leben wir der auf dem Boden der Revolution keinen Erfolg zur Freude. Arbeiter mit ihr, wir sind noch getrennt, haben ein Recht haben, was die Verantwortung der Revolution und des niedergelegten Friedens zu tun.

### Das Programm der neuen Regierung.

Der Rat der Volksbeauftragten hat folgenden Aufruf veröffentlicht:

#### An das deutsche Volk!

Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Gesetzeskraft folgenden:

- 1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.
- 2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.
- 3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.
- 4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.
- 5. Die Freiheit der Religionsübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.
- 6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen.
- 7. Das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.
- 8. Die Gesindeordnungen werden außer Kraft gesetzt, ebenso die Ausnahmegeetze gegen die Landarbeiter.
- 9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiter-Schutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Weitere sozialpolitische Verordnungen werden binnen kurzem veröffentlicht werden. Spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtstündige Maximalarbeitstag in Kraft treten. Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung von Erwerbslosen ist fertiggestellt. Sie verteilt die Lasten auf Reich, Staat und Gemeinde.

Auf dem Gebiet der Krankenversicherung wird die Versicherungspflicht über die bisherige Grenze von 2500 Mark ausgedehnt werden.

Die Wohnungsnot wird durch Bereitstellung von Wohnungen bekämpft werden.

Auf die Sicherung einer geregelten Volksernährung wird hingearbeitet werden.

Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen.

Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.

Auch für die konstituierende Versammlung über die nähere Bestimmung noch erfolgen wird, gilt dieses Wahlrecht.

Berlin, den 12. November 1918.  
Ebert. Haase. Scheidemann.  
Landsberg. Dittmann. Barth.

Neben einigen politischen Fragen, deren sofortige Erledigung in diesem Sinne durch jede demokratische Regierung eine Selbstverständlichkeit bedeutet, bringt diese Kundgebung auch die Lösung für eine Reihe wirtschaftlicher Fragen, die ohne die Revolution noch lange nicht und schwerlich in so radikaler Weise gelöst worden wären.

Das Belagerungszustand und Zensur aufgehoben, Vereins- und Versammlungsrecht von allen Beschränkungen befreit, die politische und religiöse Meinungsfreiheit sichergestellt und, braucht kaum besonders hervorgehoben zu werden. Für das Hilfsdienstgesetz liegt nun kein Bedürfnis mehr vor, aber das Gut, das es gebracht hat, soll dauernd erhalten bleiben. Mit der Wiederinfrastellung der Arbeiter-Schutzbestimmungen kann es sein Bewenden nicht haben. Diese Bestimmungen werden erweitert werden müssen. Bereits ist ja auch der Achtstundentag für nahe Frist in Aussicht gestellt. Die Arbeitslosenunterstützung soll sobald eingeführt werden. Der gegen Kronleihen Versuchten in Wäldern erweitert werden. Bedenklich ist die Aufhebung der Arbeitsordnung und aller gegen die Landarbeiter gerichteten Ausnahmegeetze. Damit werden nicht nur die Landarbeiter von jahrhundertaltem, schwerem Zwange befreit, nun wird auch dem Industriearbeiter die Möglichkeit eröffnet, gegebenenfalls sich als Landarbeiter zu betätigen, ohne sich in ein unwürdiges Joch zu begeben.

Die kurzen Sätze über die Bekämpfung der Wohnungsnot und die Sicherung der Volksernährung lassen den großen Ernst dieser Fragen erkennen. Für die versprochene Aufrechterhaltung der Produktion und die Sicherung des Eigentums und der Freiheit der Person sind wohl noch weitere gesetzliche Mittel zu erwarten. Das freieste Wahlrecht für die Wahlen zu öffentlichen Körperschaften, wie es angelehnt ist, entspricht dem sozialdemokratischen Programm. Daß es auch für die konstituierende Versammlung gelten soll, hätte, weil es selbstverständlich ist, in diesem Programm kaum erwähnt werden brauchen. Ancheinend handelt es sich hier um einen Ausdruck der Verlegenheit in einer Frage, die in das hellste Licht gerückt werden muß.

Wie steht es mit der konstituierenden Nationalversammlung? In dem zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien abgeschlossenen Pakt, der ihr Zusammenwirken in der Regierung ermöglichte, heißt es:

Die Frage der konstituierenden Versammlung wird erst nach einer Konsolidierung der durch die Revolution geschaffenen Zustände aktuell und soll deshalb späteren Erörterungen vorbehalten bleiben.

Dieser Satz ist nicht ganz klar; man kann ihn auch so verstehen, als ob die Wahl der Nationalversammlung auf eine recht fern liegende Zeit hinausgeschoben werden soll, und der letzte Satz in der Regierungserklärung tut nichts, um diese

Befürchtung zu zerstreuen. Es wäre dringend zu wünschen, daß sich die Regierung in dieser Frage klar ausdrücke.

Die durch die Revolution geschaffenen Zustände werden am sichersten konsolidiert, wenn sie ihre Bestätigung durch das Volk gefunden haben. Die deutsche Republik sichert ihre Existenz, indem sie sich die breiteste Grundlage gibt. Die Republik muß demokratisch sein. Die Herrschaft der bisher herrschenden Klassen ist gestürzt, sie aber nicht ersetzt werden durch die Herrschaft einer anderen Klasse. Das sozialdemokratische Programm fordert die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und gleiche Rechte und gleiche Pflichten für alle. Auch der Schein sollte gemieden werden, als wolle die neue Regierung die Macht auf eine andere Grundlage stellen, als auf die der Demokratie. Der Vollzug der Wahl, bei welcher natürlich auch die Stimme der Soldaten gehört werden müßte, macht zweifellos erhebliche Schwierigkeiten, aber sie sind nicht unüberwindlich. Die Regierung will nicht nur auf die weitestgehende Volksteilnahme beruhend, sondern auch einem lebhaften Wunsch ihrer treuesten Anhänger entsprechen, wenn sie sich über ihre Absichten in dieser Frage klar äußern, noch besser aber, wenn sie die baldige Ausschreibung der Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung unzweideutig in Aussicht stellen würde.

### Soziales.

#### Viktor Adler gestorben.

Am 11. November ist Viktor Adler in Wien plötzlich seinem alten Herzleiden erlegen. Sein Tod bedeutet ein schweren Verlust, nicht nur für die Arbeiter in Österreich und Deutschland, die Arbeiter aller Länder werden Adlers Heimgang schmerzlich bedauern. Er gehörte zu den hervorragendsten Männern der Arbeiterinternationale. Ein eigenartiges Geschick hat es gefügt, daß Adler am Ende des Weltkrieges starb, an dessen Schwelle sein großer Freund Jean Jaurès ermordet wurde. Dieser fiel mitten in den Weltkriegen, das nahe Ende sah noch im letzten Augenblick zu werden. Adler hat die Schrecken des Krieges bis zum Ende erlebt, er hat aber noch die Morgenröte der Freiheit sehen dürfen. Die junge Republik Deutsch-Österreich, die zwischen ihren Anschlägen an die deutsche Republik protestiert hat, hat Adler an die Spitze des Ministeriums der Äußeren berufen. Auf sein Ansehen beim internationalen Proletariat und auf seine Klugheit setzte man große Hoffnungen für die Volkssache bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen. Es hat nicht sein sollen.

Adler, der ein Alter von 68 Jahren erreicht hat, war ursprünglich Arzt. Schon frühzeitig galt sein Sympathien der Arbeiterschaft. Seine Absicht, Gewerkschaftler zu werden, ließ sich nicht ausführen, da wandte er sich der Politik zu. Damals, Anfang der achtziger Jahre, war die österreichische Sozialdemokratie schwach und in sich zerfallen, der Anarchismus rang mit ihr um die Oberhand. Adlers Verdienst war es, daß der Terrorismus ausgeschaltet und im Jahre 1898 eine Einigung der verschiedenen Flügel der Partei herbeigeführt wurde. Seitdem war Viktor Adler der anerkannte Führer der österreichischen Sozialdemokratie und nicht nur das, seine Fähigkeiten und Charaktereigenschaften verhalfen ihm schnell zu hohem Ansehen in der Internationalen, neben Bebel und Jaurès war Adler ihr hervorragendster Kopf. Wenn die sozialistische Internationale in absehbarer Zeit wieder zusammentritt, wird man Adlers Namen mit sehr berechtigtem Interesse verfolgen, werden aber ihren großen Vorkämpfer dauernd ein ehrendes Andenken bewahren.

#### Die Beratungsstellen für Geschlechtskranke.

Im Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten gewinnen die von den Landesversicherungsanstalten errichteten Beratungsstellen eine wachsende Bedeutung. Einem Rundschreiben des Reichsversicherungsamts ist zu entnehmen, daß sich die Zahl der Beratungsstellen im letzten Jahr um 11 vermehrt hat und nun 164 beträgt. Von diesen haben 85 einen Bereich für 1917 eingeklärt. Während die Beratungsstellen im Jahre 1916 erst von 4800 Personen besucht waren, lag die Besuchsziffer im Jahre 1917 auf 19140. Von den Besuchern waren 6981 Männer und 6092 Frauen an Syphilis, 1696 Männer und 1558 Frauen an Tripper und 1534 Personen an sonstigen Geschlechtskrankheiten erkrankt, während bei 863 Personen eine Geschlechtskrankheit nicht festgestellt wurde.

Die Meldung bei der Beratungsstelle erfolgte im Jahre 1916 in 209 Fällen von Herpes, in 3532 (151) Fällen von Kränkchen, in 3227 (1421) Fällen von Ankerkrankheiten, in 298 (209) Fällen durch die Militärverwaltung, von anderen Stellen erfolgte sie in 1145 (2) Fällen und in 638 (669) Fällen haben sich die Kranken selbst gemeldet. Die starke Zunahme derer, die aus eigenem Antrieb die Beratungsstellen aufgesucht haben, ist besonders beachtenswert, sie spricht für das steigende Vertrauen, das sich die Beratungsstellen erfreuen. In Fürsorge wurden genommen 7810 (1474) Männer und 6724 (1137) Frauen. Dazu kommen noch 2134 Personen aus früheren Jahren, die insgesamt 16668 Personen in Fürsorge waren. Insgesamt fanden 17074 (8307) Beratungen statt, von denen 6500 (764) zur Feststellung von Krankheitserscheinungen führten, die eine Kur erforderten; in 2185 (106) Fällen wurde eine vorübergehende Kur bei Syphilis empfohlen. Von den Beratern unterzogen sich der Behandlung wegen Syphilis 2408 (259) Männer und 2952 (253) Frauen, wegen Trippers 1687 (164) Männer und 526 (71) Frauen.

Das sind nur einige Zahlen aus dem etwas summarischen Bericht, aber sie lassen die wachsende Bedeutung der Beratungsstellen erkennen. In einigen Städten ist von der Beratungsstellen ein Bezirk eingerichtet, an welchem Krankenkassen, Gewerkschaften, ärztliche Korporationen, Militärpolizeidirektion, kirchliche Behörden und Militärverwaltung beteiligt sind. Wenn auch in bezug auf die Beiträge



Ueber die Stellung der Gewerkschaften in der Revolution wurde allgemein die Notwendigkeit betont, daß sich die Gewerkschaftsfunktionäre überall den Arbeiter- und Soldatenräten zur Verfügung stellen, um die gewaltigen Aufgaben auf wirtschaftlichem Gebiet zu lösen. Die Sachkenntnis und die Fähigkeiten gewerkschaftlich geschulter Kräfte werden den Arbeiter- und Soldatenräten gewiß willkommen sein. Auch müssen die Ortsverwaltungen der Gewerkschaften sich mehr an den Arbeiten für die revolutionären Einrichtungen des Volkes beteiligen. Einmütigkeit bestand auch über die Notwendigkeit einer schnellen Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung; bei den Wahlen der Abgeordneten zu dieser Versammlung dürfen die Gewerkschaften ebenfalls nicht untätig bleiben.

Von mehreren Rednern wurde der Erlaß einer Kundgebung an alle Gewerkschaftsmitglieder verlangt, in der die politische Umwälzung begrüßt, aber zugleich die Forderung erhoben wird, daß die Gewerkschaften von der praktischen Mitarbeit beim Aufbau des neuen Deutschland nicht ausgeschlossen werden. In diesem Aufruf muß gegen die harten Waffenstillstandsbedingungen protestiert und an die internationale Solidarität der Arbeiterklasse appelliert werden. Es wird weiterhin empfohlen, den Soldaten Vorträge zu halten, wobei sie über die Grundsätze der Sozialdemokratie und über die Aufgaben der Gewerkschaften aufzuklären sind.

Legien erklärt sich mit einer Kundgebung in vorgeschlagener Weise einverstanden. Schon vor Abschluß des Waffenstillstandes sei ein Flugblatt an die englische Arbeiterschaft verbreitet worden mit der Aufforderung, fest zu bestehen auf einem Rechtsfrieden, der dem Blutvergießen so schnell als möglich ein Ende macht. Zur Ausarbeitung der Kundgebung möge eine Kommission von fünf Mann eingesetzt werden. Der Ausschuß wird aus den Genossen Blum, Ruhe, Schilde, Thomas und Umbreit zusammengesetzt. Ein Entwurf Leipzigs wird ihm überwiesen.

Sodann teilte Legien mit, daß die Vereinbarungen mit den Arbeitgeberverbänden von den Leitern der neuen Volksregierung unterzeichnet worden seien.

Weiter berichtet Legien, daß bereits Schritte zur Einberufung einer Internationalen Gewerkschaftskonferenz getan seien, die zu gleicher Zeit und am gleichen Ort der Friedensverhandlungen vorgesehen sei. Als Tagesordnung ist vorgeschlagen:

1. Neues Statut des Internationalen Gewerkschaftsbundes.
2. Sicherlegung des Internationalen Sekretariats.
3. Die Friedensforderungen der Gewerkschaften (Leedscher und Berner Programm).
4. Wahl einer Kommission von Gewerkschaftsvertretern zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen.

Die Konferenz stimmte der Einberufung einer Internationalen Gewerkschaftskonferenz zu und war auch mit der vorgeschlagenen Tagesordnung einverstanden. Die deutsche Delegation wird auf 10 Vertreter bestimmt, wofür die Gruppierung bei der Delegation zur Berner Konferenz 1917 beibehalten wird.

Der Vorsitzende der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, Dr. Sorge, macht die Mitteilung, daß er die Vereinbarung mit den Gewerkschaften namens seiner Gruppe unterzeichnet habe. Nach kurzen geschäftlichen Mitteilungen fand die Konferenz ihren Abschluß.

Erwähnt sei, daß auch am 1. November eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände stattgefunden hat. Die dort gefassten Beschlüsse dürften aber durch die inzwischen eingetretenen Ereignisse überholt sein, weshalb wir von ihrer Wiedergabe absehen.

**Wiederbelebung der gewerkschaftlichen Internationale.**

Der Sekretär des holländischen Gewerkschaftsbundes, Durgeest, der während des Krieges die internationalen Beziehungen zwischen den Arbeitern der kriegführenden Mächte vermittelt, verhandelte soeben folgendes Rundschreiben an die der Internationale angeschlossenen Gewerkschaften: „Sie werden ersucht, so schnell als möglich Delegierte für die Internationale Gewerkschaftskonferenz“

zu ernennen, die zu gleicher Zeit und in derselben Stadt wie die Friedenskonferenz stattfinden wird. Tagesordnung: 1. Annahme neuer Satzungen; 2. Diskussion über die Verlegung des Internationalen Sekretariats von Berlin; 3. Sozialreform und Friedensvertrag (die Programme von Leeds und Bern); 4. Ernennung einer Kommission von Gewerkschaftsvertretern zur Friedenskonferenz.

Zur Erklärung möge folgendes dienen: Obwohl Zeit und Ort der Friedenskonferenz noch nicht genau bekannt sind, darf man doch hoffen, daß die Friedensverhandlungen nicht mehr lange auf sich warten lassen werden. Es ist deshalb wichtig, daß die Gewerkschaften aller Länder heizigen Mahregeln ergreifen, um nicht nur die internationalen Beziehungen zu erweitern, sondern auch die Lebensinteressen der Arbeiterklasse in tatkräftiger Weise zu verteidigen. Während des Krieges zeigte es sich oft, daß eine internationale Konferenz der Gewerkschaften nötig sei. Ich erinnere an die Beschlüsse von Leeds (1916) und Bern (1917) und an den Antrag des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, eine Arbeitervertretung auf dem Friedenskongress zu verlangen.

Ich ersuche Sie deshalb, so schnell als möglich eine Delegation von höchstens zehn Mitgliedern zur Konferenz zu wählen und mit deren Namen mitzuteilen, ebenso etwaige Zusätze zur Tagesordnung einzusenden. Sobald Zeit und Ort der Konferenz bekannt sind, werden Sie nähere telegraphische Nachrichten erhalten.

Ich vertraue, daß, nachdem die Vertreter der kapitalistischen Regierungen darüber einig sind, sich zusammen an den Konferenztag zu setzen, auch die Vertreter der Arbeiter der Welt zu einer gemeinsamen Konferenz zusammentreten werden, um die Grundlagen aufzurichten für eine neue Gesellschaft, in der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit keine leeren Worte bleiben werden.“

Der Steinarbeiter-Verband hielt seinen Verbandstag vom 14. bis 17. Oktober in Leipzig ab. In der Ansprache über den Bericht des Vorstandes wurde getadelt, daß aus Ersparnisgründen einige Gauleiter entlassen worden sind. Eine größere Rolle spielte der Druckauftrag für das Verbandsorgan, welcher der Druckerei der Leipziger Volkszeitung entzogen und einer anderen Druckerei übertragen wurde. Diese Frage steht in einem Zusammenhang mit dem Nichtungskreis in der Sozialdemokratie, der gleichfalls erörtert wurde. Ein Antrag, das Organ wieder in der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung“ drucken zu lassen, wurde mit 19 gegen 4 Stimmen abgelehnt; die Entlastung des Vorstandes erfolgte einstimmig. In einer angenommenen Resolution sprach sich der Verbandstag für den Ausbau des Tarifwesens und für die Erhöhung der Feurungszulagen aus. Einem vom Vorstand vorgelegten Arbeitsprogramm stimmte der Verbandstag zu. Unter den sozialpolitischen Forderungen, die vom Verbandstag aufgestellt wurden, ist besonders das Verlangen nach Einstellung von Arbeiterkontrollleuten und nach Einbeziehung der Berufsangehörigen in die Unfallversicherung zu nennen. Entsprechend den Vorschlägen des Vorstandes wurde der Beitrag in den drei Beitragsklassen von 70, 60 und 50 Pf. auf 100, 80 und 60 Pf. erhöht. Die Sätze der Einzel- und Gemeinheitsunterstützung wurden in den drei Klassen um 3, 5 und 4,50 Mk. erhöht; eine geringere Erhöhung erfahren die Sätze der Erwerbslosen- und der Sterbeunterstützung. Die erhöhten Beiträge treten am 1. Januar 1919 in Kraft. Die erhöhten Unterstützungen am 1. Januar 1920 in Kraft. Der Verbandstag beschäftigte sich dann noch mit dem Arbeitskammergesetz und mit den künftigen Handelsverträgen. In einer Resolution zu der letzteren Frage wird von der Regierung gefordert, daß sie bei der Vorbereitung der künftigen Handelsverträge frühzeitig auch Vertreter des Verbandes als Sachverständige zuziehe.

**Literarisches.**

Der Vorwärts-Kalender 1919 ist erschienen. Dieser sozialdemokratische Abreißkalender hat sich schon eine große Beliebtheit erworben; seine letzte Auflage war vorzeitig vergriffen, weshalb sich die frühzeitige Bestellung empfiehlt. Der Kalender ist zum Preise von 2,50 Mk. von jeder Buchhandlung oder vom Verlag der Vorwärts-Buchdruckerei, Berlin SW. 68, zu beziehen.

**Zentral-Kranken- und Sterbepflege der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg.**  
(Kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit in Hamburg.)

**Einnahme im Oktober.**

Ueberschuß sandten ein: Lichtenberg 1200, Berlin F, München II je 1000, Berlin B, Plagwitz je 600, Berlin C, Börde, Würzburg II je 500, Bitterfeld 450, Fürth, Cannstatt, Schneidemühl, Würzburg I je 400, München III, Schw.-Gmünd, Wilkrath je 300, Steglitz, Crefeld, Schwerin, Stade je 250, Berlin H 240, Altona, Brigg, Eberswalde, Eilenburg, Fehdenheim, Neustrelitz, Ochsenfurt, Oettingen, Pirna, Weinheim je 200, Schöneberg, Bödingen, Brandenburg, Büdingen, Dessau, Etklingen, Heddesheim, Iserlohn, Marbach, Salmünster, Ziegelhausen je 150, Bremerhaven, Poibach, Stuttgart je 120, Losen 102,21, Wiberach, Bonn, Rubenheim, Bergshausen, Wehlheiden, Wieschen, Ortesen, Durlach, Ebersbach, Emmerich, Etklingen, Friesenheim, Fürstenwalde, Godelsberg, Heidingsfeld, Jugenheim, Wonsenheim, Rostheim, Mölln, Niederberg, Niesky, Oberböttingen, Osendorf, Plauen, Pöfned, Riesa, Rüdighausen, Schönan, Schw.-Hall, Singen, Sprottau, Wangen, Winkel, Jossen je 100, Cunnersdorf 90, Großenhain, Al.-Krogenburg, Liegenhof, Trebbin je 70, Arnstadt, Arzheim, Bunzlau, Eisleben, Frankfurt a. d. Ober-, Draiz, Memmingen, Ohrdruf, Prenzlau, Neulingen, Urach, Wintersdorf je 50, Wetterzeube 30, Colditz 25, Apolda 20, Burgstädt 5,01 Mk.

Summe der Ueberschüsse	18802,22 Mk.
Beiträge von Einzelmitgliedern	371,85 „
Eintrittsgeld von Einzelmitgliedern	2,— „
Zinsen von Kapitalien	5559,— „
Sonstige Einnahmen	64,80 „
<b>Gesamteinnahme</b>	<b>27799,67 Mk.</b>

**Ausgabe im Oktober.**

Zuschuß erhielten: Freiburg i. B. 800, Erlangen, Mainz je 600, Nürnberg, Straßburg, Wiesbaden, Würzburg II je 500, Berlin D, Breslau, Ehrenfeld, Dresden-Alt., Gaarden, Paunsdorf, Pforzheim je 400, Bickendorf, Frankenthal, Höchst, Gohlis, Thonberg, Lützenwalde, Ludwigshafen, Wombach, Neu-Jensenburg, Offenbach II, Schwellingen, Sossenheim, Vieren je 300, Pottschappel 250, Pantow, Effen, Forchheim, Hardenburg, Heidingsfeld, Hermsdorf, Langendiebach, Neuditz, Alte Neustadt, Neuhofen, Neustadt a. d. S., Oggersheim, Rhendt, Schmöln, Vach je 200, Gumbelshausen 160, Verghofen, Friedenau, Bernau, Rubenheim, Wolsanger, Diesdorf, Dortmund I, Döhnen, Finsterwalde, Helbra, Völsel, Waltershausen, Weklar, Wiersenheim, Wolfenbüttel, Zeuzeroda je 150, Quittelsdorf 130, Baumschulenweg, Bonn, Ebersich, Nippes, Görtsheim, Gleibitz, Haufen, Heilbronn, Hochstadt, Hofheim b. W., Gölben, Köhlschroda, Krisiel, Wülshausen a. d. W., Wülshausen a. M., Muggensturm, Niederberg, Osterwick, Pfleumheim, Prikwalk, Reutlingen, Rudolstadt, Rumpenheim, Scheißen, Wilster je 100 Mk.

Summe der Zuschüsse	19140,— Mk.
Krankengeld an Einzelmitglieder	2272,13 „
Sterbegeld an Einzelmitglieder	204,— „
Sonstige Ausgaben	9092,45 „
<b>Gesamtausgabe</b>	<b>31208,58 Mk.</b>

Gesamteinnahme	27799,67 Mk.
Gesamtausgabe	31208,58 „
<b>Abnahme des Vermögens</b>	<b>3508,91 Mk.</b>

**Der Vorstand.**

S. A. A. Hud, Hauptkassierer.

**Allgemeine Kranken- und Sterbepflege der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen**  
Erfassliste. (Kleinerer Verein auf Gegenseitigkeit.) Hamburg.

Im Oktober sandten Ueberschüsse ein: Berlin C 300 Mark, Freiburg 120, Halle, Harburg je 100, Hamburg III 80 Mk. Summa 700 Mk.

Zuschuß erhielten: Kiel 500 Mk., Haan 400, Wald, Offenbach, Berlin D je 200, Barmen, Kaiserslautern je 200, Bürgel, Nürnberg je 150, Bergedorf, Köln, Altenburg je 100, Hadersleben 40 Mk. Summa 2840 Mk.

S. u. L. M a s m a n n, Hauptkassierer.

**Geleitete Mitglieder.**

- |  |   |
|--|---|
| Räbe Kirchhamer, Pinselmacherin, 20 Jahre, gest. in Nürnberg.        | Emil Buch, Tischler, 52 Jahre, gest. in Stolp (Pommern).      |
| Anno Meyer, Bleistiftarbeiterin, 30 J., gest. in Nürnberg.           | Hermann Fajmann, Klaviermacher, 61 Jahre, gest. in Plauen.    |
| Karoline Gahn, Bleistiftarbeiterin, 31 Jahre, gest. in Nürnberg.     | Ed. Kling, Tischler, 60 Jahre, gest. in Plauen.               |
| Julie Brumath, Pinselmacherin, 24 J., gest. in Nürnberg.             | Emil Stroh, Säger, 27 Jahre, gest. in Brudau.                 |
| Salette Schweiger, Bleistiftarbeiterin, 29 Jahre, gest. in Nürnberg. | Karl Schindwein, Hilfsarbeiter, 17 Jahre, gest. in Brudau.    |
| Sabette Döman, Pinselmacherin, 29 Jahre, gest. in Nürnberg.          | Frieda Regel, Holzarbeiterin, 46 Jahre, gest. in Wittenberge. |
| Sabette Streißl, Bleistiftarbeiterin, 26 Jahre, gest. in Nürnberg.   | Joh. Benedikt, Kammacher, 71 Jahre, gest. in Erlangen.        |
| Karl Dauter, Schuhmacher, 26 J., gest. in Nürnberg.                  | Franz Red, gest. in Heidenheim.                               |
| Christiane Belle, Tischler, 59 Jahre, gest. in Stolp.                | Ida Anna Schwarzmänn, gest. in Schönheide.                    |
| W. Helm-Heuning, Tischler, 56 Jahre, gest. in Kiel.                  | Gottfr. Braun, gest. in Hirschberg.                           |
| Georg Ost, 31 J., gest. in Heidenheim.                               | Rich. Hgmann, gest. in Hirschberg.                            |
|  | Joh. Rudolf, Maschinensetzer, 20 J., gest. in Gaimichen.      |
- Ehre ihrem Andenken.

**2 tüchtige Stuhlschreiner** sofort gesucht. Wilh. Heid, München, Prensburger Str. 28.

**2 Korbmachergehilfen** gesucht. Arabj, Korbmachermstr., Peterow (Mdl.-Schw.).

**Tüchtige Gestellarbeiter** gesucht. Korbkunst, Hildburghausen.

**100 Arbeiter u. Arbeiterinnen**, auch solche, die erst angelehrt werden müssen, sofort für leichte Reparaturen an Geschäften in Berlin gesucht. Meldungen an Meister Otto Wünsche, Torgau, Promenade 6a.

**Aug. Eggers, Korbwarenfabrik**, Berlin W. 30, Hamburger Straße 15.

**Werkzeug-Neuheiten.** Preislisten gratis und franko! **Otto Borgmann, Berlin SO., Oppenauerstr. 31.**

**Sportschlitten-Kufen!!** Eiche, gebogen, prima Ware.

100	120	140	160 cm Holzlänge.
4,—	4,50	5,—	5,75 Mk. für 1 Paar

**Max Walther, Dresden 22,** Rehefelder Straße 51.

Postfachkonto: Leipzig Nr. 34927.

**Holzindustrie-Werk** sucht Aufträge für dringenden Kriegs- oder Friedensbedarf. Wer kann bedeutende Sachen nachweisen gegen Vergütung? Bedeutende Holzvorräte, z. B. in Buchen und Eichen über 1000 Waggongladungen vorhanden. Angebote erbeten unter 7881 an „A. A.“, Hamburg 1, Rathausmarkt 19.

**Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H.**

Berlin SO. 10 — — — Am Söllnischen Park 2

Die Zahlstellen-Verwaltungen empfehlen wir:

**Einladungs-Vorkarten** für Mitglieder-Sammelungen, 100 Stück 1,20 Mk., 500 Stück 4,50 Mk.

**Einflusskarten** für Beiratsmitglieder, 100 Stück 2,00 Mk., 500 Stück 9,50 Mk., 1000 Stück 17,50 Mk.

**Quittungs-Formulare**, 100 Stück 1,50 Mk., 500 Stück 7,50 Mk., 1000 Stück 14,00 Mk.

**Etuis** für die Mitgliedsbücher, 1 Stück 0,10 Mk.

**TISCHLER-FACHSCHULE DETMOLD**

Ausbildung zum Meister, Werkmeister und Zeichner in kurzfristigen Kursen. Befördert von vielen Kriegsbefehlshabern-Führern. Auskunft durch die Direktion: B. Kötcher

**2 tüchtiger Möbelbeizer** sofort

Karl Schmeier, Möbelbeizer, Fährte bei Forstner.

**Tüchtiger Drechsler**, welcher in der

Fabrikation von Spinnrädern mit Energie zu helfen, für sofort gesucht. Vom Holzger, Müllner, Edelheimer Straße 14.